



Presseinformation

Nr. 405 / 2013

Kiel, Mittwoch, 11. September 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Wirtschaft / Mindestlohn- und Registergesetz

Christopher Vogt: Dieser arrogante Dilettantismus von SPD, Grünen und SSW fordert Normenkontrollklagen geradezu heraus

Zur heutigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses, in der die rot-grün-blaue Koalition sowohl das Landesmindestlohn- als auch das Registergesetz beschlossen hat, erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Dass diese Koalition den bundesweit höchsten gesetzlichen Mindestlohn beschließt, möchte ich ihr trotz unserer massiven Bedenken noch nicht einmal vorwerfen. Was ich SPD, Grünen und SSW jedoch vorwerfe, ist vor allem die Art und Weise, mit der diese ihre völlig vermurksten Gesetzentwürfe mittlerweile ohne Rücksicht auf Verluste durch das Parlament bringt. Kritik und Bedenken von Kommunen, Wirtschafts- und Handwerksverbänden, Wohlfahrtsverbänden, Datenschützern und dem Universitätsklinikum werden achselzuckend ignoriert und sogar der Generalstaatsanwalt und das Landeskriminalamt finden kein Gehör. Für die Koalition ist in Wirtschaftsfragen allein die Meinung der Gewerkschaften von Bedeutung und selbst die öffentlich formulierten Einwände und Änderungswünsche des Wissenschafts- und des Innenministeriums werden vom Tisch gewischt. Es ist schon bemerkenswert, wie die Koalitionsfraktionen Wissenschaftsministerin Wende und Innenminister Breitner hier vorführen.

Die Koalition gibt sich mittlerweile gar keine Mühe mehr, öffentlich zu kaschieren, dass sie auf externen und auch internen Dialog gar keinen Wert legt, wenn es für sie ungemütlich wird. Anträge auf mündliche Anhörungen zu umstrittenen Gesetzentwürfen werden mittlerweile reihenweise abgelehnt und berechtigte Kritik wird beinahe schon als Majestätsbeleidigung aufgenommen. Die Koalition meint offenbar, sie sei über jeden Zweifel erhaben. Die Stegnerisierung dieser

Koalition scheint mittlerweile sehr weit vorangeschritten zu sein. Die rot-grün-blaue Koalition hat bereits nach rund einem Jahr in der Regierung ein erschreckendes Maß an Ignoranz erreicht. Dieser arrogante Dilettantismus von SPD, Grünen und SSW bei der Gesetzgebung fordert Normenkontrollklagen geradezu heraus. Wir werden nach der September-Sitzung des Landtages, in der das Gesetzes-Trio aus Vergabegesetz, Mindestlohngesetz und Registerschutz wohl komplettiert wird, wie angekündigt die Vorbereitung von Normenkontrollklagen in Auftrag geben.

Die Auswirkungen dieser Gesetze auf den Landeshaushalt und auf die Beschäftigung sind der Landesregierung nicht bekannt und scheinen sie auch nicht zu interessieren, weil dieses Gesetzespaket für die Koalitionäre ganz einfach ‚eine Frage der Haltung‘ sei.

Hätten die Koalitionäre die in der schriftlichen Anhörung eingereichten Stellungnahmen ernst oder zumindest halbwegs zur Kenntnis genommen, hätte sie ihre Gesetzentwürfe nicht nur aus inhaltlichen Gründen, sondern auch aus rechtlichen Gründen umfangreich überarbeiten müssen.

Wir lehnen vom Gesetzgeber oder von der Regierung beschlossene Mindestlöhne ab und haben beim Mindestlohngesetz große Bedenken, insbesondere was dessen Auswirkungen auf soziale Leistungen wie ‚Essen auf Rädern‘ und auf die Beschäftigung von Mitarbeitern von ‚Integrationsunternehmen‘ sowie von wissenschaftlichen Hilfskräften betrifft. Das Registergesetz verstößt aus unserer Sicht gegen rechtsstaatliche Grundsätze, beinhaltet unbestimmte Rechtsbegriffe und wird nicht zu fairem Wettbewerb führen, sondern zum genauen Gegenteil.

Die Aussage der Koalitionsfraktionen, dass man das Gesetzespaket nach einem Jahr noch einmal überprüfen wolle, macht den Murks nicht besser. Trial and Error ist keine seriöse Form der Politik.“